

FA, PF 100729, 44707 Bochum

**Bescheid**

für 2021 über

Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag,

Kirchensteuer

und Verspätungszuschlag

Herrn und Frau  
Michael und Romina Lyhs  
Hörder Str. 115  
44892 Bochum

**Festsetzung**

Art der Festsetzung  
Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.  
Er ergeht nach § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

**Festsetzung**

	Einkommensteuer €	Zinsen zur Einkommensteuer €	evangelische Kirchensteuer Ehefrau €
Festgesetzt werden	15.013,00	77,00	696,00
Abzug vom Lohn	-190,00		0,00
der Ehefrau			
verbleibende Beträge	14.823,00		696,00
<b>Abrechnung in €</b> nach dem Stand vom 21.03.24 abzurechnen sind	14.823,00	77,00	696,00
bereits gezahlt	6.192,00	0,00	92,00
demnach zu wenig gezahlt	8.631,00	77,00	604,00
<b>Bitte zahlen Sie</b> <b>spätestens bis zum 02.05.24</b>	<b>8.631,00</b>	<b>77,00</b>	<b>604,00</b>

	Solidaritäts- zuschlag €	Verspätungs- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	0,00	200,00	
Abzug vom Lohn			
der Ehefrau			
verbleibende Beträge	0,00	200,00	15.719,00
<b>Abrechnung in €</b> nach dem Stand vom 21.03.24 abzurechnen sind	0,00	200,00	15.796,00
bereits gezahlt	0,00	0,00	6.284,00
demnach zu wenig gezahlt	0,00	200,00	9.512,00
<b>Bitte zahlen Sie</b> <b>spätestens bis zum 02.05.24</b>		<b>200,00</b>	<b>9.512,00</b>

\*\*\*\*\* Fortsetzung siehe Seite 2 \*\*\*\*\*

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:  
BBk eh Bochum  
IBAN DE58 4300 0000 0043 0015 00 BIC MARKDEF1430

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im  
Internet unter [www.finanzeverwaltung.nrw.de](http://www.finanzeverwaltung.nrw.de)

>>> WinGF <<< \*65.952\*

\*002091\*

## Besteuerungsgrundlagen

### Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
<b>Einkünfte aus Gewerbebetrieb</b>			
laut gesonderter Feststellung . . . . .	100.000		
<b>Einkünfte . . . . .</b>	<b>100.000</b>		
<b>Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit</b>			
Bruttoarbeitslohn . . . . .		15.000	
ab			
Arbeitnehmer-Pauschbetrag . . . . .		-1.000	
<b>Einkünfte . . . . .</b>		<b>14.000</b>	
<b>Summe der Einkünfte . . . . .</b>	<b>100.000.</b>	<b>14.000.</b>	<b>114.000</b>
<b>Gesamtbetrag der Einkünfte . . . . .</b>	<b>100.000.</b>	<b>14.000.</b>	<b>114.000</b>

### Sonderausgaben

#### ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben

Summe der Altersvorsorgeaufwendungen . . . . .	2.776		
davon 92 % . . . . .	2.554		
abzüglich Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung . . . . .	-1.395		
verbleiben . . . . .	1.159	1.159	
Beiträge zur Krankenversicherung			
- Ehemann . . . . .	4.884		
- Ehefrau . . . . .	1.203		
- für das am 27.04.2018 geborene Kind . . . . .	1.805		
- für das am 13.03.2021 geborene Kind . . . . .	1.308		
Summe Krankenversicherungsbeiträge . . . . .	9.200	9.200	
ab Kürzungsbetrag nach			
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a S. 4 EStG . . . . .	-48		
verbleiben . . . . .	9.152		
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann . . . . .	497		
- Ehefrau . . . . .	209		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge . . . . .	706	706	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG . . . . .	9.858		
ab Beitragsrückerstattung . . . . .	-2.187		
verbleiben . . . . .	7.671	7.671	
Summe der beschränkt abziehbaren Sonderausgaben . . . . .		8.830	-8.830

#### ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben

gezahlte Kirchensteuer . . . . .	357		
ab erstattete Kirchensteuer . . . . .	0		
Kirchensteuer . . . . .		357	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben . . . . .			-357

<b>Einkommen . . . . .</b>			<b>104.813</b>
ab			
Freibeträge für das am 27.04.2018 geborene Kind . . . . .			-8.388
<b>zu versteuerndes Einkommen . . . . .</b>			<b>96.425</b>

### Berechnung der Einkommensteuer

zu versteuern mit Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG			
nach dem Splittingtarif . . . . .	96.425.	23,6490 %	22.803
tarifliche Einkommensteuer . . . . .			22.803
ab			
Ermäßigung für Einkünfte aus Gewerbebetrieb			-10.568
<b>verbleiben . . . . .</b>			<b>12.235</b>
dazu			
Kindergeld oder vergleichbare Leistungen . . . . .			2.778
<b>festzusetzende Einkommensteuer . . . . .</b>			<b>15.013</b>

### Berechnung der Zinsen

Festgesetzte Einkommensteuer, vermindert um anzurechnende			
Steuerabzugsbeträge und Körperschaftsteuer . . . . .			14.823,00
Festgesetzte Vorauszahlungen . . . . .			6.192,00
Unterschiedsbetrag zu Ihren Ungunsten . . . . .			8.631,00
Zu verzinsen			
8.600,00 € vom 01.10.23 bis 02.04.24 . . . . .		77,40	
( 180 Zinstage zu 1,800 % p.A. - § 238 Abs. 1a AO )			
<b>Festzusetzende Zinsen (Nachzahlungszinsen) . . . . .</b>			<b>77,00</b>

\*\*\*\*\* Fortsetzung siehe Seite 3 \*\*\*\*\*

Bescheid für 2021 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und Verspätungszuschlag vom 28.03.2024

### Berechnung der Kirchensteuer

	€
zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 16.776 €	88.037
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der Steuerermäßigungen ergibt (jedoch ohne Anwendung des § 35 EStG)	19.688
Bemessungsgrundlage	19.688
auf die kirchenangehörige Ehefrau entfallen	454
davon 9 v.H. evangelische Kirchensteuer	40,86
mindestens festzusetzendes evangelisches Kirchgeld	696,00

### Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 16.776 €	88.037
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der Steuerermäßigungen ergibt	9.120
Bemessungsgrundlage	9.120
Solidaritätszuschlag unter Berücksichtigung der Freigrenze	0,00
festzusetzender Solidaritätszuschlag	0,00

### Steuerbelastung

Ihre Einkommensteuerbelastung ( 22.803,00 € ) bezogen auf das zu versteuernde Einkommen ( 96.425 € ) beträgt 23,65 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der Gesamtbetrag der Einkünfte ( 114.000 € ) um abziehbare Aufwendungen (z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 17.575 € gemindert.

### Erläuterungen

Das Finanzamt hat die Besteuerungsgrundlagen gemäß § 162 Abgabenordnung geschätzt, weil Sie bisher keine Steuererklärung abgegeben haben. Trotz der Schätzung kann eine Steuerstraftat / Steuerordnungswidrigkeit vorliegen. Reichen Sie bitte Ihre Steuererklärung unverzüglich nach, denn die Schätzung befreit Sie nicht von Ihrer Erklärungspflicht. Bitte überprüfen Sie bei der Erstellung dieser Steuererklärung, ob sich auch für andere Zeiträume eine Steuerpflicht ergibt oder bereits abgegebene Steuererklärungen zu berichtigen sind. Sollte dies der Fall oder nach Ihrer Einschätzung möglich sein, erstellen Sie bitte auch für diese Zeiträume (ggf. berichtigte) Steuererklärungen. Zur Vermeidung von Nachteilen geben Sie bitte unbedingt alle Steuererklärungen für die entsprechenden Zeiträume gleichzeitig ab. Eine strafbefreiende Selbstanzeige ist nur unter den Voraussetzungen des § 371 Abgabenordnung möglich. Bei Zweifelsfragen sollte ein Angehöriger der rechts- oder steuerberatenden Berufe hinzugezogen werden.

Ich habe einen Verspätungszuschlag festgesetzt, weil die Steuererklärung oder Steueranmeldung nicht oder verspätet abgegeben wurde.

Die Zinsen werden gemäß § 233 a Abgabenordnung festgesetzt. Der zu verzinsende Betrag wurde auf den nächsten durch 50,- € teilbaren Betrag abgerundet (§ 238 Abgabenordnung).

Sie haben sonstige Vorsorgeaufwendungen (z. B. Beiträge für Walleistungen oder Haftpflichtversicherungen) angegeben. Diese Aufwendungen konnte ich nicht berücksichtigen, da der gesetzliche Höchstbetrag bereits durch Ihre Beiträge zu Basisrankenversicherungen und gesetzlichen Pflegeversicherungen ausgeschöpft wurde.

Falls Sie gegen diesen Steuerbescheid Einspruch einlegen oder eine Änderung beantragen möchten, bewahren Sie Ihre Belege zu diesem Steuerbescheid bitte bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- oder Änderungsverfahrens auf. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung, sollten Sie die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehaltes der Nachprüfung aufbewahren. Belege, die für mehrere Jahre Bedeutung haben (z. B. ärztliche Atteste), sollten Sie entsprechend länger aufbewahren. Davon unabhängig beachten Sie bitte die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten. (Rechtsgrundlagen - gesetzliche Aufbewahrungspflichten, z. B. §§ 147, 147a Abgabenordnung, § 14b Umsatzsteuergesetz, § 50 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung)

Mit der Abgabe der Anlage Kind haben Sie die steuerliche Berücksichtigung Ihres am 27.04.2018 geborenen Kindes beantragt. Für dieses Kind habe ich das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen sowie den Kinderbonus mit 2.778 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld sowie den Kinderbonus) angesetzt. Sofern Ihnen aufgrund einer verspäteten Antragsstellung abweichend vom gesetzlichen Anspruch tatsächlich nur für sechs Monate rückwirkend Kindergeld ausgezahlt wurde (Auszahlungsbeschränkung), könnte dies berücksichtigt werden. Hierzu ist die Vorlage des Kindergeldbescheids oder einer Bescheinigung der Familienkasse erforderlich. (Rechtsgrundlagen: Auszahlungsbeschränkung - § 70 Abs. 1 Satz 2 Einkommensteuergesetz, Bescheinigung der Familienkasse - § 68 Abs. 3 Einkommensteuergesetz)

Für 1 Kind(er) wurde ein Freibetrag für Kinder gem. § 32 Abs. 6 EStG berücksichtigt. Das entsprechende Kindergeld / der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen wurden - auch soweit lediglich ein zivilrechtlicher Ausgleichsanspruch bei der Bemessung der Unterhaltsverpflichtung nach § 1612b BGB besteht - insoweit bei der Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer hinzu-

\*\*\*\*\* Fortsetzung siehe Seite 4 \*\*\*\*\*

gerechnet (§ 31 EStG). Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer sowie bei der Überprüfung der Einkommensgrenze für die Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 51a Abs. 2 EStG) wurde dagegen das Kindergeld / der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen nicht hinzugerechnet.

Für Ihre weiteren Kinder konnte ich die Freibeträge für Kinder nicht berücksichtigen. Die Vergleichsberechnung hat ergeben, dass die notwendige steuerliche Freistellung des Existenzminimums für diese Kinder bereits durch den Anspruch auf Kindergeld oder vergleichbare Leistungen erreicht wurde. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls die Kirchensteuer sowie bei der Überprüfung der Einkommensgrenze für die Arbeitnehmer-Sparzulage habe ich die Freibeträge für Kinder jedoch einbezogen. (Rechtsgrundlagen: Vergleichsberechnung - § 31 Einkommensteuergesetz, Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer - § 51a Absatz 2 Einkommensteuergesetz)

Sie (Ehefrau) haben steuerfreie Lohnersatzleistungen (z. B. Krankengeld, Kurzarbeitergeld) in Höhe von 1.287 € bezogen. Diese habe ich mit 1.287 € in die Berechnung des Steuersatzes einbezogen (Progressionsvorbehalt).

Für die Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb habe ich das vierfache des festgesetzten Gewerbesteuer-Messbetrages, jedoch höchstens die tatsächlich zu zahlende Gewerbesteuer, berücksichtigt.

Die Kirchensteuer habe ich nur für die Ehefrau festgesetzt.

Fragen zur Festsetzung der evangelischen Kirchensteuer / des evangelischen Kirchgeldes können Sie unter der Telefonnummer (0800)3547243 an das Landeskirchenamt richten.

In 2021 wurden Kirchensteuern wie folgt gezahlt bzw. erstattet:

Kirchensteuer	EUR
-vorauszahlung für 2021	69,00
-vorauszahlung für 2020	93,00
-abschlusszahlung für 2018	194,67
Lohnkirchensteuer	0,00
Summe	356,67

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Satz 1 und 2 EStG

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 S. 1 und 2 EStG vorläufig.

Die Festsetzung der Kirchensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 S. 1 und 2 EStG vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S.11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.

#### Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter [www.finanze.de](http://www.finanze.de) (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Bescheid für 2021 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer  
und Verspätungszuschlag vom 28.03.2024

### Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und des Verspätungszuschlags können mit dem Einspruch angefochten werden.

Die Festsetzung der Zinsen kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Gegen die Festsetzung der Kirchensteuer und des Kirchgeldes ist der Einspruch gegeben. Der Einspruch ist bei der Gemeinsamen Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt, Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld, Kirchensteuerstelle@ekvw.de schriftlich einzureichen, elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Festsetzung der Kirchensteuer und des Kirchgeldes kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die der Berechnung zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Bei Einlegung des Einspruchs soll der Verwaltungsakt bezeichnet werden, gegen den sich der Einspruch richtet. Es soll angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

### Zu Ihrer Information:

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über "Mein ELSTER" ([www.elster.de](http://www.elster.de)) oder jede andere Steuer-Software, die die Möglichkeit des elektronischen Einspruchs anbietet, zu übermitteln.

Auch wenn ein Einspruch eingelegt worden ist, müssen die angeforderten Beträge fristgemäß gezahlt werden, es sei denn, dass die Vollziehung des Bescheides ausgesetzt oder Stundung gewährt worden ist.

### Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung

Bitte leisten Sie alle Zahlungen unbar auf das angegebene Konto des Finanzamts. Vergessen Sie dabei bitte nicht, als Verwendungszweck die Steuernummer, die Abgabeart und den Zeitraum anzugeben, für die/den Sie die Zahlung entrichten.

Wenn Sie die Steuern nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages zahlen, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des auf volle 50 € abgerundeten rückständigen Steuerbetrags zu entrichten.

Bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto des Finanzamts gilt die Zahlung an dem Tag als wirksam geleistet, an dem der Betrag dem Finanzamt gutgeschrieben wird.

Sie können auch die Teilnahme am Lastschriftinzugsverfahren erklären. Vordrucke hierfür erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt oder im Internet (Internetadresse siehe erste Seite unten). Fällige zu entrichtende Beträge werden in diesem Fall von Ihrem Girokonto abgebucht.

### weitere Informationen

#### Öffnungszeiten:

Telefonische Servicezeiten  
Mo. - Do. 8:00 bis 18:00 Uhr  
Fr. 8:00 bis 16:00 Uhr

Servicezeiten vor Ort  
Mo. - Mi. 8:00 bis 13:00 Uhr  
Do. 8:00 bis 17:00 Uhr  
Fr. 8:00 bis 12:00 Uhr  
und nach Vereinbarung

#### Nahverkehrsanbindung:

ab Hauptbahnhof U-Bahn Linie 308/318 Richtung Gerthe Haltestelle Planetarium

Die Service- und Informationsstelle des Finanzamts Bochum-Mitte ist nicht mit Kraftfahrzeug- und Anmeldesteuerfällen betraut. Bitte berücksichtigen Sie dies bei einem diesbezüglichen Besuch.



## Unser digitaler Service für Sie:

Steuerklasse wechseln

Vorauszahlungen anpassen

Fristverlängerung

Steuererklärung online  
einreichen

Schriftverkehr

Belege übermitteln  
→ nur bei Aufforderung nötig



Auf [finanzamt.nrw.de](https://finanzamt.nrw.de) bieten wir Ihnen rund um die Uhr alle Informationen zu Ihrer Steuererklärung und Ihrem Finanzamt.



Mit einer Registrierung bei Ihrem Online-Finanzamt unter [elster.de](https://elster.de) können Sie zahlreiche Anliegen digital und kostenlos selbst erledigen.



Elektronische Kontaktaufnahme funktioniert zudem auch ohne Anmeldung:  
[finanzamt.nrw.de/elektronischer-kontakt](https://finanzamt.nrw.de/elektronischer-kontakt)



## Wir sind auch telefonisch für Sie da:

Montag bis Donnerstag: von 8 bis 18.00 Uhr  
Freitag: von 8 bis 16.00 Uhr



Unsere Telefonnummer finden Sie auf Ihrem Steuerbescheid und online.